Grüne kritisieren Zentralrat der Muslime

17. Dezember 2019



Bonn (KNA) Politiker der Grünen kritisieren den Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) als zum Teil verfassungsfeindlich. „Es fehlt beim Zentralrat an den Voraussetzungen einer Religionsgemeinschaft. Außerdem gefährdet ein Teil der Mitgliedschaft die Grundprinzipien der Verfassung“, sagte Grünen-Politiker Volker Beck dem Bonner „General-Anzeiger“ (Montag).

Auf Twitter kritisierte er außerdem den ZMD-Vorsitzenden Aiman Mazyek: Hinter der „demokratischen Fassade“ von Mazyek „verbergen sich in der Zentralratsmitgliedschaft schillernde und nicht unproblematische Gruppen von Nationalisten und Islamisten“, so Beck wörtlich, der auch Lehrbeauftragter für Religionswissenschaften an der Bochumer Ruhr-Universität ist.

Die religionspolitische Sprecherin der Grünen im NRW-Landtag, Sigrid Beer, betonte ebenfalls, der ZMD sei ein organisatorischer Zusammenschluss und keine Religionsgemeinschaft. Auch die NRWLandesregierung räume ein, „dass es die theologischen Ansprechpartner nur theoretisch gibt“.

Anlass der Äußerungen, so der „General-Anzeiger“ weiter, sei die noch unveröffentlichte

Antwort von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) auf eine kleine Anfrage der Grünen, die der Zeitung vorliege. Demnach sei die Landesregierung nicht vollständig darüber informiert, aus welchen Mitgliedern sich der ZMD zusammensetze, der in NRW unter anderem mehr Einfluss auf den islamischen Religionsunterricht nehmen wolle.

Eines der Mitglieder, das seine ZMD-Mitgliedschaft derzeit nach eigenen Angaben aber ruhen lasse, sei die Deutsche Muslimische Gemeinschaft DMG. Diese frühere „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ werde „aufgrund ihrer Verbindung zur Muslimbruderschaft durch den Verfassungsschutz beobachtet“, zitiert die Zeitung aus Reuls Antwort. Der ZMD selbst sei kein Beobachtungsobjekt des NRW-Verfassungsschutzes.

Über einen „Gelehrtenrat“, auf den der ZMD im Zusammenhang mit dem islamischen Religionsunterricht immer wieder verweise, lägen dem Land bisher keine Informationen vor, so die Zeitung weiter. Der ZMD-Vorsitzende Mazyek hatte in den letzten Wochen mehrfach beklagt, es gebe in der deutschen Öffentlichkeit eine mangelnde Unterscheidung zwischen Religion und Extremismus.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tlmlq-89-00001)

Stand: 24. November 2026